

Aktuelles | Politik | EU-Wahl | Gewalt gegen Frauen | Istanbul Konvention

EU-Wahl 2024: Menschenrechte und Frauenrechte in Gefahr

WirALLE lädt ein zum Online-Talk am 31. Mai

Berlin, 27. Mai 2024 – Am 9. Juni wählen Europäerinnen und Europäer ab 16 Jahren ein neues Europäisches Parlament. Für die Zukunft unserer Gesellschaft geht es dabei um viel, wie die Mitglieder des neuen Bündnis WirALLE in ihrer Einladung zum öffentlichen Online-Talk am 31. Mai betonen: „Sollten rechtspopulistische Parteien weiter gestärkt werden, bedeutet dies eine Gefahr für unsere Demokratie. Denn diese Parteien haben mit mühsam erkämpften Menschen- und Frauenrechten nichts im Sinn. Das ist gefährlich.“



Das zivilgesellschaftliche Bündnis WirALLE setzt sich für die konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention in Deutschland ein. Foto © BMFSFJ, Dominik Butzmann, phototek.de

Klimawandel, Kriege und Schuldenkrisen führen uns immer drastischer vor Augen: Unser Planet befindet sich im Notfallmodus. Zugleich verschärfen sich weltweit und auch in Europa die Folgen von Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten. Das kommt nicht von ungefähr, finden die Frauen der Initiativen und Organisationen, die sich im vergangenen Jahr im WirALLE Bündnis gegen Gewalt gegen Frauen zusammengeschlossen haben, darunter die #DieNächste, One Billion Rising München e. V. und #T.o.B.e e. V., sowie die Nichtregierungsorganisationen UN Women Deutschland e. V. und Zonta International Germany, und die Koordinierungs- und Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt und Stalking (KIS) Leipzig.

Sorge macht dem neuen Zusammenschluss der zunehmende Antifeminismus in Europa. „Die konsequente Einhaltung und Umsetzung von Frauenrechten, einschließlich der Istanbul-Konvention, ist heute mehr denn je mitentscheidend dafür, wie die Zukunft auf unserem Planeten gerade auch für kommende Generationen aussehen wird. Ohne die Eliminierung struktureller patriarchaler, physischer und psychischer Gewalt steht das Wohlergehen aller auf dem Spiel“, sagt Susanne von Bassewitz von Zonta International Germany.

Gewalt mit kostspieligen Langzeitfolgen

Gewalt gegen Frauen in all ihren Formen ist in Europa nach wie vor Alltag. Die Spitze dieses Eisbergs: Allein in Deutschland versucht jeden Tag ein Mann, seine Partnerin oder Ex-Partnerin umzubringen. Jeden dritten Tag bezahlt das eine Frau mit ihrem Leben. „Damit trägt der viel zu langsame Fortschritt bei der Umsetzung der Istanbul Konvention auf breiter Front zur Gefährdung von Frauen und Kindern bei – mit kostspieligen Langzeitfolgen“, sagt Romy Stangl, Vorstandsfrau One Billion Rising München e.V. Das neue EU-Gesetz zum Schutz von Frauen vor sexualisierter Gewalt bewertet sie zwar als Meilenstein. Die Verständigung auf das entscheidende „Nur Ja heißt Ja“ und damit auf das sexuelle Selbstbestimmungsrecht der Frauen ist jedoch an der Blockade auch von Deutschland gescheitert. „Das ist schlicht verantwortungslos“, so die Frauenrechtsaktivistin.

„Wie wählen wir alle Gewalt gegen Frauen ab?“

Keinen weiteren Zentimeter zurück in Sachen Frauenrechte und Prävention von geschlechtsbezogener Gewalt in Europa? Das entscheiden am 9. Juni Wählerinnen und Wähler auch in Deutschland. Darüber wollen Susanne von Bassewitz und Romy Stangl am 31. Mai um 17:00 Uhr bis 18:30 Uhr bei ihrem gemeinsamen EU-Wahl-Online-Talk reden - mit **Maria Noichl**, Mitglied des Europäischen Parlaments, **Dilken Çelebi**, Vorsitzende der Strafrechtskommission im Deutschen Juristinnenbund, **Elke Ferner**, Vorsitzende UN Women Deutschland, und **Angélique Yumusak**, #dieNächste und Bundesfrauenbeauftragte der Deutschen Polizeigewerkschaft im DBB. Interessierte können sich hier zur Teilnahme anmelden:

https://us02web.zoom.us/webinar/register/WN_ENd2HFzqQC2aCGI6z4xHug#/registration

Hintergrund

WirALLE gegen Gewalt an Frauen

Mit WirALLE haben sich im vergangenen Jahr erstmals von geschlechtsbezogener Gewalt Betroffene mit Partnern aus der Zivilgesellschaft sowie Fachexpertinnen und Fachexperten zusammengeschlossen. Dem Bündnis gehören neben den Betroffenen-Initiativen #DieNächste, One Billion Rising München e. V. und #T.o.B.e. e. V. die Nichtregierungsorganisationen UN Women Deutschland e. V. und Zonta International Germany, und die Koordinierungs- und Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt und Stalking (KIS) Leipzig an. Ihre gemeinsamen Anliegen haben sie in Form eines Manifests bei einem gemeinsamen Termin am 23. November 2023 im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit Bundesfamilienministerin Lisa Paus übermittelt und erörtert. Der von der Bundesministerin in diesem Rahmen angekündigte Entwurf eines neuen „Gewalthilfegesetzes“, das noch in dieser Legislatur umgesetzt werden soll, liegt bis heute nicht vor.

Zu den zentralen Forderungen von WirALLE an Politik und Gesellschaft zählt neben der konsequenten Umsetzung der Istanbul-Konvention auch die gleichberechtigte Beteiligung von Betroffenen geschlechtsbezogener Gewalt in entsprechenden Betroffenenräten an allen dafür notwendigen Entscheidungs- und Umsetzungsprozessen. Insgesamt 77 Organisationen und Institutionen aus unterschiedlichsten Bereichen der Zivilgesellschaft unterstützen das WirALLE-Manifest als Erstunterzeichnende.

Das Manifest ist im Wortlaut hier zu lesen und kann online von allen Bundesbürgerinnen und Bundesbürgern unterschrieben werden:

<https://wiralle.org/>

Pressekontakt:

Für weitere Materialien und bei Interviewwünschen wenden Sie sich bitte an:
Karin Lange, Pressesprecherin der Union deutscher Zonta Clubs
Tel.: +49 175 2604260 E-Mail: presse@zonta-union.de

Über Zonta International

Die global agierende Nichtregierungsorganisation Zonta International wurde am 8. November 1919 in Buffalo, New York, von engagierten Frauen gegründet. Überparteilich und überkonfessionell setzen sich heute rund 1.100 Clubs mit mehr als 25.000 Mitgliedern in 63 Ländern weltweit für die Rechte von Frauen und Mädchen ein.

Seit 1969 engagiert sich Zonta International mit generellem konsultativem Status beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen ECOSOC unter anderem in New York am Hauptsitz der UN, in Genf bei ILO und WHO, in Wien bei UNODC, in Bangkok bei ESCAP und bei der UNESCO in Paris für die Rechte von Frauen und Mädchen und die Umsetzung der UN-Frauenrechtskonvention CEDAW (Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women). Als erster Mittelgeber aus dem Privatsektor fördert Zonta International das von UNICEF U.S.A. und UNFPA geführte Global Programme zur Beendigung von Kinderheiraten. Zonta International ist außerdem mit partizipatorischem Status beim Europarat (CoE) vertreten. Die Nichtregierungsorganisation setzt sich in Europa und darüber hinaus unter anderem mit der weltweiten Kampagne Zonta Says NO gegen Gewalt gegen Frauen und für die Ratifizierung und Umsetzung der Istanbul-Konvention ein.

Mehr zu Zonta International unter www.zonta.org

Über die Union deutscher Zonta Clubs

Die Union deutscher Zonta Clubs (Zonta International Germany) ist der Zusammenschluss von 138 deutschen Zonta Clubs mit 4.000 Mitgliedern. Sie ist eingebettet in das globale Netzwerk von Zonta International und ist Mitglied im Deutschen Frauenrat.

Mehr zur Union deutscher Zonta Clubs unter <https://zonta-union.de/>

Infos zur Kampagne Zonta Says NO in Deutschland unter www.zontasaysno.de